

NACHHALTIGE UND MODERNE SUCHTPRÄVENTION

Suchtpolitik modernisieren und Suchtprävention stärken

POSITIONSPAPIER ZUR UMSETZUNG DER KONTROLLIERTEN ABGABE VON CANNABIS AN ERWACHSENE

Kerstin Jüngling und Anke Timm
 Geschäftsführung Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

Suchtprävention verfolgt das Ziel, Jugendliche und Erwachsene in ihrer Lebens- und Risikokompetenz zu stärken, sie davor zu schützen, Schaden zu nehmen und ihnen ein unabhängiges Leben zu ermöglichen. Angesichts des zweistufigen Vorhabens der Regulierung von Cannabis müssen Jugendliche bereits heute in ihrem Wissen gestärkt werden, um morgen als Erwachsene kompetente Konsumententscheidungen treffen zu können. Durch die Regulierung wird die subjektiv empfundene Verfügbarkeit von Cannabis erhöht, daher muss die gesetzliche Novellierung der Cannabispolitik zwingend den Jugend- und Gesundheitsschutz ins Zentrum stellen und einer gesteigerten Attraktivität zum Konsumeinstieg vorbeugen.

Forderungen an die Landes- und Bundespolitik¹ (bereits z.T. im Referent*innen-Entwurf des Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis [Juli 2023] abgebildet)

- 1. Regulierung des Cannabismarktes unter konsequenter Einhaltung von Gesundheits- und Jugendschutzstandards. Steuerung und Eingrenzung der Erhältlichkeit von Cannabis**
 - Zugang zu Cannabis-Clubs und Abgabestellen in Modellregionen erst ab 18 Jahren
 - Obligatorische Schulung von Präventionsbeauftragten und Clubverantwortlichen durch Suchtpräventionsfachkräfte. Bezug von Cannabisprodukten nur über nachvollziehbare und geprüfte Bezugsquellen – im Eigenanbau und kommerziellen Setting
 - Wirksame Jugendschutzkonzepte etablieren; Umsetzung durch Landesbehörden sicherstellen und überprüfen; Verstöße konsequent sanktionieren
 - Konsum im öffentlichen Raum und in der Nähe von kinder- und jugendrelevanter Lebenswelt streng limitieren. Werbeverbot, neutrale Verpackungen, Beipackzettel und Informationen über Beratungs- und Hilfsangebote beim Cannabisbezug müssen verpflichtend sein

- 2. Cannabisprävention muss bereits jetzt politisch und finanziell gesichert und gestärkt werden**
 - Suchtprävention in ihrer Schnittstellenfunktion als integralen Bestandteil von landesweiten Gesundheitsstrategien etablieren
 - Aufwuchs der Bundessausgaben durch eine adäquate Aufstockung der Suchtpräventionsmittel im Haushaltsplan des Landes ergänzen
 - Die Lohnsteuer-Mehreinnahmen in einen Präventionsfond überführen, um diese zweckgebunden Präventionsangeboten widmen zu können
 - Wissenschaftliche Evaluation der Regulierungseffekte und stetige Aktualisierung des Präventionsbedarfs

- 3. Policy-Mix aus Verhältnis- und Verhaltensprävention und Umsetzung durch qualifiziertes Fachpersonal**
 - Lebenskompetenzen in der universellen Prävention fördern und hierdurch Gesundheitskompetenzen schon im Kindes- und Jugendalter stärken; Konsumkompetenzen bei bereits konsumierenden Jugendlichen entwickeln
 - Erziehungskompetenz von Eltern und Sorgeberechtigten adressieren
 - Früherkennung und Frühintervention im schulischen und Freizeitkontext ausbauen; Jugendlichen Cannabiskonsum entkriminalisieren
 - Fachpersonal in der Suchtprävention spezifisch zur Gewährleistung geltender evidenter Qualitätsstandards qualifizieren
 - Multiplikator*innen-Bildung und materielle Ausstattung zur Personalerweiterung in Kompetenzzentren für Suchtprävention ausbauen

Strategien zur Umsetzung der Cannabisprävention im Land Berlin

Der Cannabiskonsum in Berlin zeigt schon heute ein deutliches Bild:

In der Hauptstadt wird mehr und riskanter Cannabis konsumiert als im Bundesdurchschnitt und es besteht viel Bedarf hinsichtlich Aufklärung, Wissensvermittlung und Kompetenz- sowie Ressourcenstärkung. Unabhängig vom rechtlichen Status gibt es schon jetzt einen überdurchschnittlich hohen Konsum von jungen Menschen in Berlin und fast jede zweite Person weist problematische Konsummuster auf.² Aus dem anhaltenden Konsultationsprozess mit Expert*innen und Fachkräften lassen sich zentrale Bedarfe moderner Cannabisprävention in Berlin ableiten.

Universelle Prävention

- Erhalt und Ausbau der soziallagenbezogenen und schulischen Suchtprävention. Obligatorische Verankerung von Suchtprävention und Lebenskompetenzansätzen in Rahmenlehrplänen
- Finanzielle und personelle Ressourcen bei Suchtpräventionskräften aufstocken, um aktuellen Bedarfen gerecht werden und Multiplikator*innen ausbilden zu können
- Ausweitung der Präventionsstandards der Fachstelle für Suchtprävention mit dem Ziel der Lebens- und Gesundheitskompetenzstärkung in den Settings Schule, OSZ/Berufsschule und Jugendeinrichtung
- Aufklärung der Berliner Bevölkerung über Risiken von Cannabiskonsum und risikoarmen Konsum durch zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit
- Cannabisprävention nicht ausschließlich über die BZgA steuern, sondern fest in den Kommunen und lebensweltlichen Schnittstellen verankern
- Weiterentwicklung des Cannabis-Bundesmodellprojektes „HöhenRausch“ für Jugendfreizeiteinrichtungen und als mobiles Angebot für Schulen
- Cannabisprävention baut auf Kooperation und wirkt systemisch: Erhalt und Weiterentwicklung der Kooperationen auf Landes- und Bezirksebene unter starker Beteiligung von qualifizierten Suchtpräventionsexpert*innen

Selektive / indizierte Prävention

- Frühinterventionsangebote für riskant konsumierende junge Menschen auch in der Suchtprävention verorten, da junge Ratsuchende bevorzugt Angebote der Suchtprävention nutzen; Weiterentwicklung von Frühinterventionsangeboten für urbane Spezifika und Verankerung in lebensweltlichen Schnittstellen
- Angebotserweiterung der *family based interventions* (Beratung von vulnerablen Familien, Elternkurse und -veranstaltungen, Informationsangebote für [professionelle] Sorgeberechtigte) sowie der niedrigschwelligen Früherkennungs- und Frühinterventionsmaßnahmen in der Berliner Präventionspraxis

Es ist an der Zeit

Damit Berlin Gesundheitsmetropole wird, sind Politik und Fachexpert*innen jetzt gefordert, politische Klarheit in der Cannabispolitik zu schaffen und der Suchtprävention eine starke Gewichtung zu verleihen. Der Zugang zu Cannabis muss reguliert und kontrolliert werden, ohne ihn zu befördern. Es darf kein Zufall mehr sein, wer mit Angeboten der Suchtprävention in Berührung kommt. Eine systemische Verankerung und politische Stärkung der Suchtprävention ist ein zentraler Beitrag zur Gesunderhaltung der gesamten Bevölkerung.

Berlin, Juli 2023

¹ Die Genese der Forderungen basiert auf internationaler Expertise und Austausch. Sie sind u.a. an Positionen des „Fachverband Sucht“ (CH), der „Nationalen Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik“ (CH), der „Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten“ (CH) sowie der DHS, des fdr e.V., des ISD und der Bundespsychotherapeutenkammer angelehnt und weiterentwickelt.

² Kalké, J. & Rosenkranz, M. (2023): Cannabiskonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Berlin: Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage. Hamburg: Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD).